

## Kongress in Frankfurt/Main am 10. März 2007

Schulkongress: Viele Wege von Pisa nach Rom

Gut besucht: Schulkongress der Friedrich-Naumann-Stiftung

Der Slogan „Mehr Freiheit für die Schulen“ zog sich wie ein Faden durch alle Beiträge des Schulgründungskongresses der Friedrich-Naumann-Stiftung. Die Experten aus Bildungseinrichtungen verschiedener „Best-Practice-Beispiele“ – von Gesamtschule bis zum Eliteinternat – zeigten jedoch dabei, dass von Pisa nach Rom viele Wege führen.

Brigitte Pöpel, Dr. Peter Altmiks, Dorothea Henzler

„Die PISA-führenden Länder haben den Schulen mehr Freiheit gegeben. Sie brauchen dabei aber keine Pseudoautonomie, bei der die Schulen lediglich selbstständig Bürokratie organisieren“, analysierte Dr. Peter Altmiks vom Liberalen Institut in den Räumen des ehemaligen IG-Farben-Gebäudes der Johann-Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt. „Vor allem müssen wir die staatlichen Schulen auf den Weg in die Freiheit mitnehmen“.

Für diese Grundsätze bekam Altmiks Rückendeckung auch aus der Politik. Die schulpolitische Sprecherin der hessischen FDP-Landtagsfraktion, Dorothea Henzler, mahnte eine „weitgehende Eigenverantwortung der Schule“ an. So sollten Schulen etwa auch selbst bestimmen können, ihren Haupt- und Realschulunterricht zusammen zu legen und die Schüler stattdessen individuell zu fördern. Zu dieser Unabhängigkeit gehören ihrer Meinung nach auch das Budgetrecht und die Personalhoheit. Die Schulen sollten Lehrer unabhängig von einer vorgegebenen notenorientierten „Rangliste“ frei auswählen können. Statt einer „Rangliste“ solle es eine „Lehrerdatei“ geben, die neben Noten auch andere Kriterien und Fähigkeiten beinhalte. Für eine Schule mit vielen Migrantenkindern sei beispielsweise die Sprachkompetenz der Lehrer – etwa ihre Muttersprache – eine wichtige Komponente für die Einstellung.

Henzler wünscht sich zudem eine „effizientere und bessere Lehrerbildung“. Dazu gehöre es, das erste Staatsexamen abzuschaffen und den Universitäten eigene Prüfungen zu ermöglichen. Zum Abschluss solle das Amt für Lehrerbildung, die Absolventen prüfen, ob sie als Lehrer überhaupt geeignet seien, mit Schülern umzugehen, also ausreichende pädagogische Fähigkeiten besitzen.

Schulleiter solcher „in die Freiheit entlassenen Schulen“ müssten eine besondere Fortbildung erhalten, da die Anforderungen an sie anders als bisher ausgeprägt seien. In einem solchen Schulsystem gäbe es auch kein „staatliches Schulamt“ mehr, lediglich Institutionen der Qualitätsberatung und -kontrolle. „Freiheit für die Schulen ist nicht überall populär, denn mancher verliert dadurch an Macht“, weiß Henzler um die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung ihrer Vorschläge, trotzdem sei es der richtige Weg.

Bea Beste

Die Vorstandsvorsitzende der Phorms Management AG, Bea Beste, hat sich mit der ersten deutschen Schule in Form einer Aktiengesellschaft, der Phorms-Schule in Berlin, ein Stück Freiheit geschaffen. Dabei ist die Management AG in Form einer Aktiengesellschaft organisiert. Sie stellt

der Schule Dienstleistungen zur Verfügung, während die Schule selbst als gemeinnützige GmbH firmiert. Die Freiheit der Schule hat sich Beste mit der Form einer Privatschule gesichert. „Privatschule kostet Geld“, gibt sie denn auch zu. Mit einem „sozialen Ansatz“, die Schulbeiträge sind an das Einkommen der Eltern gekoppelt und betragen 220 bis 880 Euro, will sie jedoch sozialer Selektion ein Stück weit entgegenzutreten. Der Schulmanagerin gehen Formulierungen wie „Englisch nicht als Fremdsprache, sondern als Erwerbssprache“ „Bildung als Rohstoff“ und „Eltern als Kunden“ locker über die Lippen, ohne dabei phraseologisch zu wirken. Überzeugend wirken ihre Schilderungen von „zufriedenen Eltern“ und „glücklichen Kindern“.

„Spaß an der Bildung“ und eine „Anti-Spaßbremsen-Regel“ sind denn auch Motive der Autorin des Bestsellers „Schule kann gelingen“. Die frühere Schulleiterin der Wiesbadener Helen-Lange-Schule Enja Riegel, kennt die Schwierigkeiten einer staatlichen Schule sich im System wenigstens Ansätze von Freiheit zu erkämpfen oder gar „das System aufzumischen“ – wie Riegel es nennt. So schilderte sie eindrucksvoll wie sie in ihrer Schule alle Kinder zum Putzen der Klassenräume verpflichtete („Kinder, die ihre Räume pflegen, kümmern sich mehr um ihre Umgebung“) und sie zunächst viele Jahre um das Recht auf Selbstputzen mit der Verwaltung kämpfen musste und danach um die Möglichkeit, die eingesparten Mittel für Putzkolonnen für andere Zwecke nutzen zu können. Als Schulgründerin plädiert sie für ein angemessenes Grundgehalt und über dieses hinaus für eine Bezahlung nach Leistung – nicht nach Dienstzugehörigkeit. An ihrer Schule können bis zu 20 Prozent des Gehalts als „Leistungszulage“ ausgezahlt werden. Zu ihrem bunten Strauß der Reformpädagogik gehört auch der Grundsatz, dass Kinder und Lehrer über 6 Jahre zusammenbleiben, dabei lernten beide Seiten „wie man miteinander umgeht“. Riegel sprach sich zudem gegen „Sitzenbleiben“ aus, die Schule sollte Kinder lieber gleich fördern. Sitzenbleiben bringe die Kinder in den seltensten Fällen weiter. Eine Schule stehe und falle im Übrigen mit einer „sehr guten Schulleitung“.

Dem schloss sich auch Dr. Marie-Luise Stoll-Stefan an. Der Managing Director der Internationalen Schule Frankfurt Rhein-Main betonte, der Schulleiter verdiene „doppelt so viel“ wie sie selbst, weil sich ihre Schule über die Bedeutung des Schulleiters im Klaren sei. Stoll-Stefan erläuterte die Bedeutung einer Selbstevaluation der Schule und der der Lehrer. Dies sei besser als eine zentralisierte Schulinspektion, weil Selbstevaluation auch etwas mit „Selbsterkennung“ zu tun habe.

Auf Selbsterkennung setzt auch Birgit Xylander, Abteilungsleiterin bei der Reformschule Winterhude, gerade bei den Schülern. Sie sollen ihre Stärken und Schwächen nicht anhand von Noten, sondern durch Zertifikate sowie halbjährliche Bilanz- und Zielgespräche erfahren. Die „notenlose Zeit“ endet, weil rechtlich notwendig, mit Jahrgangsstufe 9. „Da beginnt dann die Schummelei“, meint Stoll-Stefan. Diese Auffassung teilten auch Kirstin Erb und Peter Lammel von der Montessori-Schule Wiesbaden. Sie beschrieben wie die Montessori-Schule Begabungen des einzelnen Kindes „ganz individuell“ fördern – ganz im Sinne einer Pädagogik, nach der Kinder am besten in ihrem eigenen Rhythmus und in ihrer eigenen Art lernen.

Der Schulleiter des Hansenberg-Gymnasiums Rheingau, Wolfgang Herbst, erläuterte das Konzept seiner Schule, die sich an Schüler wendet, die keine „3er“ im Zeugnis haben, einen IQ-Test bestehen und die Experten in Auswahlgesprächen als „Persönlichkeiten“ herausfiltern. Anders als andere Internate wende sich seine – staatlich mitfinanzierte Schule – ausschließlich an Hochbegabte und nicht an die Kinder reicher Eltern. Als Internat sei es eine „Rund-um-die-Uhr-Schule“. Daher entwickelten die Schüler einen besonderen Zusammenhalt.

Überhaupt waren sich fast alle Experten einig, dass Ganztagsbetreuung „state of the art“ sei. Das Ziel, „jedem Kind gerecht zu werden“, sei nur in einer Ganztagschule zu erreichen, postulierte etwa

Beste und Henzler forderte eine „gebundene Ganztagschule“ für alle. Dabei müsse es sich aber um ein echtes Ganztagesangebot handeln. Dazu gehöre: „Die Schüler kommen am späten Nachmittag nach Hause und haben ihre Hausaufgaben gemacht.“ Die FDP-Politikerin sah darin auch einen familienpolitischen Aspekt. „Das bedeutet auch eine Entlastung der Familien“, so Henzler.

Anja Ziegion

Angesichts großer Einigkeit in der Richtung blieb es der Vorsitzenden des Bundeselternrates Anja Ziegion überlassen, zu mahnen, die „vermurkste Föderalismusreform“ durch eine nationale Bildungsstrategie auszugleichen und zu appellieren, sowohl an staatlichen als auch an privaten Schulen an die sozial Schwachen zu denken.

Dr. Wolfgang Gerhardt

Der Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung, Dr. Wolfgang Gerhardt, vertraut auch da auf die Kräfte der Freiheit und des Wettbewerbs. So gelinge es amerikanischen Universitäten über Stipendienvergaben auch für eine soziale Mischung zu sorgen. „Warum soll dies an deutschen Schulen nicht funktionieren?“ Dies fördere auch das Interesse der Schulen an einem eigenen guten Image, um im Wettbewerb zu bestehen. Auch ein „gesunder Wettbewerb“ zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Angeboten sei für ein gesundes Bildungssystem von großer Bedeutung. Der Einfluss der Schulpolitik sei aber bei allen Möglichkeiten begrenzt. Auch die Eltern müssten ein Stück an Erziehungsarbeit übernehmen. Die Kompetenz von Eltern sei aber zurückgegangen. „Damit dürfen wir uns nicht abfinden“, so Gerhardt.

Oliver Stirböck